CM-T

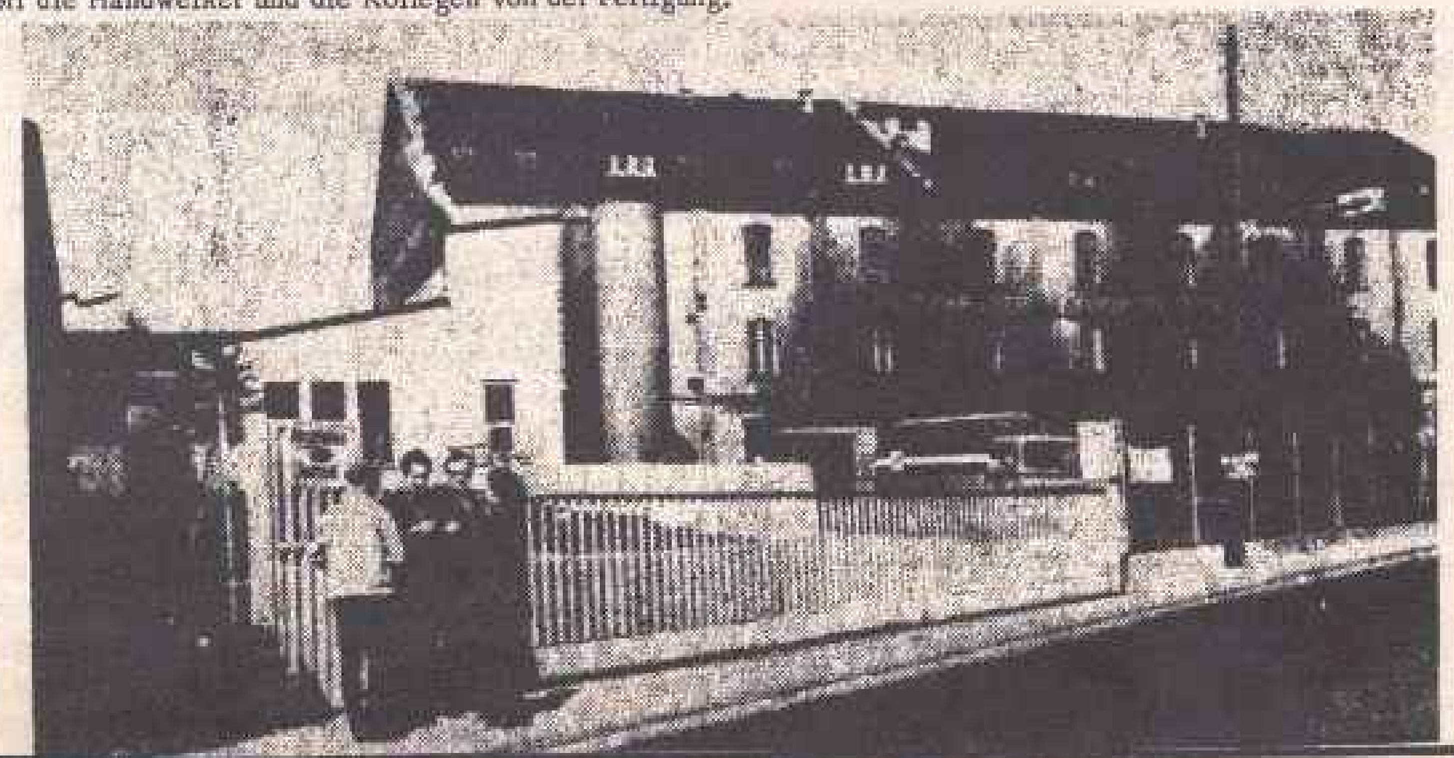
Nr.35 12.OKT. 72

GÖTTINGER
BETRIEBSZEITUNG

FÜR DEN ORGANISIERTEN KAMPF IN DEN BETRIEBEN

C.F.Schröder/Wandmacher:
STREIK FÜR MEHR LOHN
HEUTE URABSTIMMUNG!

Nachdem die Unternehmer der Schleifmittelindustrie den Forderungen der Tarifkommission der IG-Chemie aufs schärfste entgegentraten, legten die Kollegen der beiden Schleifmittelfirmen in Hann. Münden - C.F. Schröder und Wandmacher - am letzten Donnerstag spontan die Arbeit nieder, um ihren Forderungen mit einem zweitägigen Warnstreik ganz klar Ausdruck zu verleihen.
Auch in anderen Schleifmittelfirmen der Bundesrepublik zeigten die Arbeiter ihre Kampfbereitschaft, die von ihnen geforderte Lohnerhöhung durchzusetzen. So traten bei der Norddeutschen Schleifmittelindustrie/(NSI) in Hamburg am Donnerstag alle Arbeiter um 12 Uhr in den Streik und setzten diesen bis 22 Uhr fort. Ebenso streikten bei Carborundum in Düsseldorf die Handwerker und die Kollegen von der Fertigung.



LETTERA DI UN COLLEGA ITALIANO P.3
HOLZ-HENKEL: GÖZ KORKUTMA DENEMESI 5 DA

Gefordert hatte die Tarifkommission für die Kollegen: linear für jeden 100DM (das sind 58 Pfg. in der Stunde). Die "Argumente" der Unternehmer waren wieder die alte Leier:

- kaum Produktionssteigerungen möglich
- Ertragslage und Auftragssituation wären schlecht
- bei Realisierung der Forderungen der Kollegen gehe man dem Bankrott entgegen
- wir sitzen alle in einem Boot.

Das erste konkrete Angebot der Unternehmer, das sie "realistisch" nannten, war 6%. Das hätte eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um netto 5 % bedeutet. Die Preissteigerungen allein betragen schon 6 %. Das Angebot der Unternehmer hätte also einen ganz klaren Lohnverlust für die Kollegen bedeutet.
Deshalb ließ die Tarifkommission die Verhandlungen scheitern, und die Schlichtung wurde für Mittwoch, den 4.10. angesetzt. Hier war das letzte Angebot der Unternehmer 41 bis 47 Pfg. Die Argumente waren wieder dieselben.
Am Montag setzten sich die Vertrauensleute zusammen, um über weitere Schritte für den Fall des Scheiterns der Schlichtung zu beraten. Die Kollegen wußten, daß sie die Forderung von 100 DM Lohnerhöhung brauchen, wenn es tatsächlich eine Lohnerhöhung sein soll. Und sie wissen, daß sie dafür kämpfen müssen.

SOLIDARITÄT FÜR LINEARE LOHNERHÖHUNG

Sie kämpfen bewußt für eine lineare Lohnerhöhung:
Die Lebenshaltungskosten steigen für alle Kollegen um den gleichen Betrag, also müssen auch alle Kollegen gleich viel mehr verdienen. Außerdem wird durch die lineare Lohnerhöhung verhindert, daß sich der Abstand zwischen den einzelnen Lohngruppen noch mehr vergrößert. Die weitere Auseinanderentwicklung der Lohngruppen dient nur den Unternehmern, deshalb gingen sie auch in der Schlichtung nicht auf die Forderung der Gewerkschaft ein. So kam es zum Scheitern der Schlichtung in der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag.

Sofort am Donnerstag morgen traten die Kollegen bei C.F. Schröder und Wandmacher in den Streik. Inzwischen wurde zwar wieder gearbeitet, aber nur bis zur Urabstimmung, die heute stattfindet und in der die Kollegen darüber entscheiden werden, daß sie zu weitern Kampfmaßnahmen greifen werden, um ihre Forderungen durchzusetzen.

FAULE TAKTIKEN DER UNTERNEHMER

Die Unternehmer waren in der Zwischenzeit aber nicht untätig. Sie nutzten die Zeit zwischen dem Warnstreik und der heutigen Urabstimmung aus, um mit allen Mitteln die Streikfront zu brechen.
So verteilte die Geschäftsleitung von C.F.Schröder Flugblätter, in denen sie krampfhaft versuchte, die Informationen der IG-Chemie-Verwaltungsstelle als falsch darzustellen. Damit sollte die Streikbereitschaft der Kollegen wieder abgebaut werden. Viele Kollegen zerrissen dieses Flugblatt gleich ohne es zu lesen.
Ebenso krampfhaft war der Versuch der Geschäftsleitung die Kollegen durch persönliche Gespräche (entweder nette Worte oder Hetzereien) zu verunsichern.
Auch Wandmacher ließ sich faule Tricks einfallen: Er veranstaltete am Montag eine Betriebsversammlung, in der er den Kollegen den Streik als illegal und unerlaubt hinzustellen versuchte. Falls er es noch nicht weiß: Mit Scheitern der Schlichtung ist die Friedenspflicht aufgehoben.
Nachdem er so versucht hatte, die Kollegen anzulügen, versuchte er es mit der anderen Methode: Nach der Betriebsversammlung schickte er die Kollegen nach hause - und bezahlte ihnen den Tag. Gleichzeitig bot er ihnen 50Pfg. Lohnerhöhung an. Welch großzügiger Unternehmer! könnte man jetzt meinen. Aber das wäre ein Irrtum.
Wandmacher gab seinen "lieben Mitarbeitern" nicht aus Großzügigkeit frei, sondern dahinter verbarg sich etwas anderes: nämlich die eine Seite des Prinzips von Zuckerbrot und Peitsche.
Auf diese Weise wollte er den Kollegen vormachen, wie "unsinnig" der Streik doch sei. Sie bekommen ihre Forderungen doch auch erfüllt. - Und noch einen freien Tag dazu. Aber:

1. wollen die Kollegen ihre Lohnerhöhung tariflich abgesichert haben und nicht, wie Herr Wandmacher sich das so vorstellt: nur auf mündliche Zusage.
2. haben die Kollegen bei der Firma Wandmacher genau durchschaut, worum es hier geht: er will einen Keil in die feste Streikfront zwischen die C.F.Schröder- und Wandmacherkollegen treiben.
3. will er auf diese Weise das heutige Urabstimmungsergebnis beeinflussen.
4. zeigt sich hier ganz klar, wie gelogen die obigen "Argumente" der Unternehmer während der Verhandlungen waren, als man sagte: "Bei Realisierung der Forderung der Kollegen ginge man dem Bankrott entgegen".

Die Kollegen bei Wandmacher und bei C.F. werden sich durch diese Taktiken nicht bei der heutigen Urabstimmung beeinflussen lassen, sondern sind bereit solange zu kämpfen bis ihre Forderung - tariflich abgesichert - durchgesetzt ist. ist.

Metalltarifvertrag: SCHEINWISSENSCHAFTLICHKEIT ENTLARVT

Alle Leistungsbewertungssysteme sind ganz großer Betrug. Das geht eindeutig aus dem seit 1. Oktober gültigen Metalltarifvertrag hervor, der eine kostenneutrale Anhebung der Grundlöhne vorsieht.

Falls keine anderen Anrechnungsmöglichkeiten vorhanden sind, werden die Akkordvorgabezeiten laut Tarifvertrag um 3 % gekürzt. Damit auch bei den Akkordlöhnern alles beim alten bleibt, d. h. kostenneutral ist. Ein Kollege, der in der gleichen Zeit dieselbe Stückzahl produziert wie vor Inkrafttreten des Tarifvertrages, erhält den gleichen Lohn wie zuvor. Nur: sein Leistungsgrad ist um 3 % gesunken. Statt vorher z. B. 130 % schreibt er jetzt nur noch 127 %. Da geht es also gar nicht mehr darum, die Leistung eines Arbeiters "wissenschaftlich objektiv" festzustellen und ihm aufgrund seiner Leistung einen bestimmten Lohn zu zahlen. Da geht es um "Kostenneutralität" - um das Interesse des Unternehmers, möglichst wenig Lohn zu zahlen. ▶

Und um nichts anderes geht es auch bei den so "wissenschaftlich objektiven" Leistungsbewertungssystemen. Sie dienen nur dazu, die Leistung hochzuschrauben und den Lohn zu drücken. Durch den neuen Metalltarifvertrag hat sich die "Wissenschaftlichkeit" dieser Ausbeutungsmethoden selbst entlarvt.

Und noch eins: wer glaubt, durch den neuen Tarifvertrag habe sich der Lohn in Niedersachsen tatsächlich an den anderer Bezirke (z.B. Baden-Württemberg) angeglichen, der irrt sich gewaltig. Die Kollegen in Baden-Württemberg bekommen nämlich 5,36 DM Ecklohn (Lohngruppe VII = 100 %) ohne daß ihnen die Akkorde oder Zulagen um 3 % gekürzt wurden!

LETTERA DI UN COLLEGA ITALIANO

Alla Redazione del G.B.Z.
34 Göttingen, Rote Str. 1

Dopo le giornate nere delle Olimpiedi si sono verificate delle cose che non fanno onore alla Germania. Molti di noi ogni giorno apprendiamo della Radio Televisione e della stampa che in questa o in quella città vengono fatte delle espulsioni di massa di lavoratori stranieri. Le autorità motivono queste espulsioni " per garentire la sicurezza interna della Nazione sono necessarie questi provvedimenti, solo cosí si possono evitare episodi come quelli di Monaco." A mio parere tutto ciò mi sempra paradorsale perché nella Republica Federale Tedesca ci siamo 2 1/2 di stranieri e mai abbiamo fatto atti terroristici o provocato la sicurezza della Nazione. I fatti lo dimostrano perchèdopo quello che è successo a Monaco ne prima non abbiamo e nemmeno ripetuto atti Terroristici. Mentre le autorità continuono a fare delle espulsioni indiscriminati fregandosene dei diritti dell'uomo (Che la Germania fa anche parte di questa organizzazione.) Ma le cause di queste espulsioni sono diverse dei comunicati ufficiali. La verità è che nella Germania e ammesso la commercializzazione di essere umani. Perchè il Governo è daccordo con i Capitalisti e questi per aumentare i loro profitti escogitano tutti i mezzi, come ad esempio límportazione di giovani operai delle Nazioni povere Turchia, Persia paesi Arabi e per sino dal Giappone. A costoro vengono fatte delle promesse , ma quando costoroarrivano nella Repbblica Federale Tedesca si accorgono di essere stati improgliati. Perchè in Realta noi stranieri dobbiamo sopportare lállontanamento delle nostre moglie e figli e vivere nelle Baracche o delle stanze in 20mq in 5 ed anche 10 persone. Poi non parliamo delle nostre paghe che con Quello che ci danno, non abbiamo nessuna possibilità di acquisto perchè i prezzi in proporzione al nostro guadagno sono più alti. E molti stranieri hanno capito il gioco dei paddroni e si sono organizzati nei varii Sindacati e negli scioperi fatti dei Metallici e Chimici molti lavoratori stranieri sono marciati braccio, a braccio con i colleghi Tedeschi. I padroni vedendo che gli stranierisi organizzano hanno capito che i loro profitti possono essere messi in pericolo perchè i lavoratori non vogliano fare più il loro gioco e cosí hanno organizzato una campagnia contro i lavora tori stranieri creando una rottura di collaborazione tra colleghi Tedeschi, Però i signori padroni nascondano la veità e non parlano mai dei cari fitti salari bassi ed il divieto di essere ammalati. E per finire un appello ai colleghi Tedeschi, se uno straniero collabora con i colleghi tedeschi negli scioperi viene espulso come Terrorista. Se un collega Tedesco partecipa agli scioperi viene considerato Radicalista. Per cui cari colleghi Tedeschi tutto quello che viene praticato contro di noi serve ai padroni come esperimento per poi domani praticarlo contro di voi.

P.S. E molto strano come mai il D.G.B. ed i varii Sindicati non hanno preso posizioni contro questi espulsioni di lavoratori stranieri.

(Il nome del collega e noto alla Redazione)

Brief eines italienischen Kollegen

An die GBZ

Nach den schwarzen Tagen der Olympiade in München sind Dinge passiert, die Deutschland keine Ehre machen.

Täglich hören wir über Fernsehen, Presse und Rundfunk, daß in dieser oder jener Stadt Massenausweisungen von Ausländern vorgenommen werden. Die Behörden begründen diese Maßnahmen: "Für die innere Sicherheit der Nation sind solche Maßnahmen notwendig, um zu verhindern, daß sich solche Episoden wie die von München wiederholen." Mir scheint diese Begründung paradox, denn in der BRD sind 2 1/2 Millionen Ausländer, die niemals weder solche Terrorakte begangen haben, noch die innere Sicherheit provoziert haben. Tatsache ist, daß wir weder vor dem Massaker in München, noch danach Terrorakte begangen haben. Während die Behörden mit den undifferenzierten Argumenten fortfahren, kümmern sie sich den Teufel um die Menschenrechte, zu denen sich auch die BRD bekennt. Aber die wahren Gründe der Ausweisungen sind andere als die, die in den Massenmedien verbreitet werden. Denn die Wahrheit ist die, daß die Regierung Menschenhandel zuläßt im Einverständnis mit den Kapitalisten, die sich alle möglichen Mittel ausdenken, um ihre Profite zu steigern, wie z.B. der Import von Arbeitern aus armen Ländern, aus der Türkei, Persien, aus arabischen Ländern und sogar aus Japan.

Versprochen wird ihnen viel, sind sie aber da, müssen

sie feststellen, daß sie betrogen wurden. In Wirklichkeit müssen wir die Trennung von Frau und Kindern auf uns nehmen, in Baracken oder in 20 qm großen Zimmern zu fünft oder zu zehnt wohnen. Von unserem Lohn wollen wir erst gar nicht reden. Wir haben keine Möglichkeit uns etwas anzuschaffen, denn die Preise sind viel zu hoch im Verhältnis zu unserem Lohn. Viele ausländische Kollegen haben das Spiel der Unternehmer durchschaut, viele sind organisiert in den Gewerkschaften und sehr viele sind in den vergangenen Streiks der Metall und Chemie Schulter an Schulter mit den deutschen Kollegen marschiert. Die Unternehmer haben verstanden, daß die Organisierung der Arbeiter, der ausländischen und der deutschen, in den verschiedenen Gewerkschaften eine Gefahr für ihre Profite bedeuten. Deshalb haben die Unternehmer eine Pressekampagnegegen die Ausländer unternommen. Darin verschweigen sie den Mietwucher, die niedrigen Löhne und das Verbot "krank zu werden" (siehe Ausländergesetz). Auch versuchen sie mit allen Mitteln einen Keil zwischen ausländische und deutsche Arbeiter zu treiben.

Und zum Schluß ein Apell an die deutschen Kollegen: Wenn ein ausländischer Kollege mit einem deutschen streikt, wird er als Terrorist ausgewiesen. Und nimmt ein deutscher am Streik teil, wird er Radikalist genannt. Deshalb, liebe deutsche Kollegen, alles was heute gegen uns Ausländer angewandt wird, dient den Unternehmern, um es morgen gegen euch zu wenden.

P.S.: Ich wundere mich sehr, daß der DGB und die Einzelgewerkschaften noch keine eindeutige Stellungnahme gegen die Ausländerhetze abgegeben haben, denn auch wir Ausländer sind Mitglieder der Gewerkschaften.

(Der Name des Kollegen ist der Redaktion bekannt)



Gemeinsame Vorbereitung der nächsten Tarifrunde

Aus der Metalltarifrunde 1971 hatten die aktiven Gewerkschaftskollegen die Konsequenz gezogen:

Wir müssen uns in Zukunft noch früher und gründlicher auf die Tarifverhandlungen vorbereiten. Unsere Forderungen müssen in einer breiten Diskussion aller Metallkollegen aus allen Betrieben aufgestellt werden. Nur dann können wir unseren Einfluß auf die Tarifkommission vergrößern.

Jetzt ist es soweit. Der Lohntarifvertrag für die Metall läuft am 31. Dezember 1972 aus.
In Göttingen und anderen Bereichen haben die Vorbereitungen begonnen. Schon Mitte Oktober ist eine Vertreterversammlung der IG Metall, auf der die Forderungen diskutiert werden sollen.

Seit 4 Wochen diskutieren die Kollegen der Feinprüf über die nächste Tarifrunde. Die Bildungsobleute haben zu ihren Sitzungen alle Kollegen des Betriebes eingeladen. Am letzten Dienstag, den 3. Oktober, fand im DGB-Haus eine Vertrauensleuteversammlung der Fa. ISCO statt. An dieser Sitzung nahmen auch 5 Vertrauensleute von Feinprüf teil. Die Vertrauenskörperleitung von ISCO hatte sie gebeten, zu berichten, was in der Feinprüf bisher gelaufen ist.

Damit haben die Vertrauensleute von Feinprüf und ISCO einen wichtigen ersten Schritt dazu getan, die nächste Tarifrunde gemeinsam vorzubereiten und durchzustehen. Denn die letzte Tarifrunde hatte gezeigt, daß es nicht ausreicht, wenn die Kollegen eines Betriebes Forderungen aufstellen. Nur wenn die Erfahrungen und Vorstellungen aus allen Betrieben schon frühzeitig zusammengetragen werden (und nicht erst in der Vertreterversammlung), kann es zu den notwendigen gemeinsamen Aktionen aller Kollegen kommen.

Die Vertrauensleute von ISCO und Feinprüf haben beschlossen, mit der Unterstützung des 1. Bevollmächtigten Koll. Kantelhard, sich auch an die Vertrauensleute anderer Betriebe zu wenden.

CARL ZEISS ZEISS: Betriebsversammlung nötig

Die Geschäftsleitung von ZEISS hält sich an das Betriebsverfassungsgesetz. Gemäß §11o BVG unterrichtet sie ihre "Geschäftsangehörigen" am Schwarzen Brett über die wirtschaftliche Lage des Werkes. Aber man ist immer noch so schlau wie zuvor, wenn man den Geschäftsbericht gelesen hat. Für die Kollegen bleiben noch eine Menge Fragen offen.
Obwohl (laut Anschlag) die Aufträge dieses Jahr höher sind als im Vorjahr, gibt es in Göttingen augenfällig wenig Arbeit. Außerdem wird in einigen Abteilungen rationalisiert. Dadurch werden Kollegen "freigesetzt". Da sie versetzt werden konnten, brauchte bisher niemand entlassen zu werden. Andererseits wird auch seit langem niemand mehr eingestellt. Und es ist allgemein bekannt, daß viele jüngere Kollegen die Firma in den letzten zwei Jahren freiwillig verlassen haben. Dadurch ist das Durchschnittsalter der Belegschaft ziemlich gestiegen. Die Geschäftsleitung scheint sich darum keine Gedanken zu machen.
Vor einiger Zeit hat die Geschäftsleitung Veränderungen des Zeiss-Statuts angekündigt. Davon haben wir bisher nichts mehr gehört. Für uns ist dabei gerade die F^R^age der Pensionsregelung sehr wichtig. Diese und andere Fragen müssen auf einer Betriebsversammlung geklärt werden. Auf der letzten Vertrauensleuteversammlung wurde vorgeschlagen, daß jemand von der Geschäftsleitung aus Oberkochen auf dieser Betriebsversammlung Rede und Antwort stehen muß. Und diese Betriebsversammlung sollte nicht wieder in die Weihnachtszeit fallen.

HH HOLZ - HENKEL

EINSCHÜCHTERUNGSVERSUCH

Die Geschäftsleitung bei Holz-Henkel reagiert schnell auf Angriffe gegen ihre Praktiken. Schon einen Tag, nachdem die GBZ unter der Überschrift" Sklavenhandel" über die Ausbeutungsmethoden bei Holz-Henkel berichtet hatte, wurde im Betrieb ein "Flugblatt" verteilt. Darin wird behauptet, der Artikel in der GBZ entspreche nich t den Tatsachen und die Firma habe bei Gericht eine Untersuchung gegen die GBZ eingeleitet.
Doch die Kollegen bei Holz-Henkel wissen genau, daß alle Ereignisse, die im Artikel geschildert werden, wahr sind. Es gibt sogar noch einiges mehr zu berichten. Deshalb sollen die Kollegen durch das Flugblatt eingeschüchtert werden. Mit Hinweisen auf gerichtliche Schritte soll ihnen Angst gemacht werden, damit sie sich nicht an ihreGewerkschaft und die GBZ wenden. Bis heute aber ist der GBZ nichts über gerichtliche Schritte der Firma Holz-Henkel bekannt.
Um die Kollegen einzuschüchtern, wird auch der Betriebsrat mißbraucht. Das Flugblatt war mit "Firma Holz-Henkel Arbeitervertretung " unterzeichnet. So soll ein Keil in die Belegschaft getrieben werden. Dem Vernehmen nach hat der Betriebsrat jedoch erst von dem Flugblatt erfahren, als es schon im Betrieb verteilt wurde. Es liegt ja auch auf der Hand, daß hinter dem ganzen Manöver die Geschäftsleitung steht. So heißt es mit entlarvender Offenheit in dem Flugblatt: "Unser Betrieb, ... , wird es verstehen, aus solchen schlechten und den Tatsachen nicht entsprechenden Veröffentlichungen mit reiner Weste herauszukommen."
Anscheinend glaubt die Geschäftsleitung, ein verlogenes Flugblatt sei das richtige Fleckenwasser.

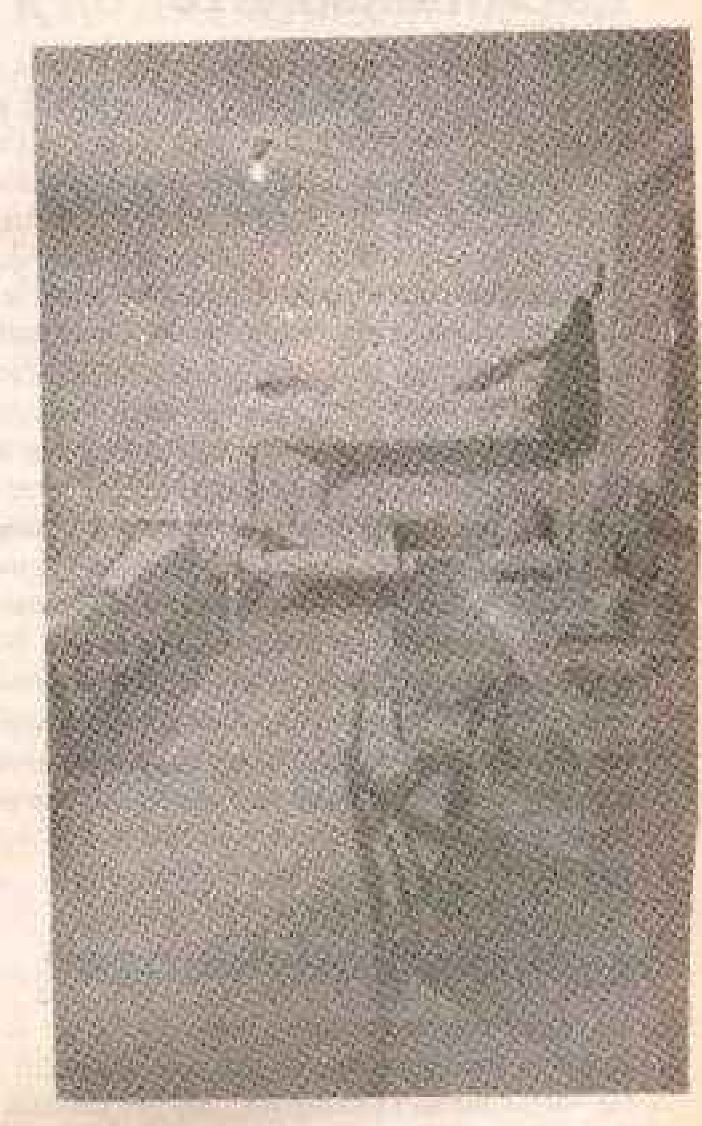
• • • • • • • • • • • • •

GÖZ KORKUTMA DENEMESI

Holz-Henkel'in firma idaresi kendisine yöneltilen suçla-
malara aceleyle cevap veriyor.GBZ-Gazetesinin "KÖLE TI-
CARETI" başliği altinda Holz-Henkelin sömürü metodlari
hakkinda yayin yapmasindan hemen birkaç gün sonra,işyer-
rinde bir "Bildiri" dağitti.Bu bildiride,GBZ-gazetesinde
yazilanlarin doğru olmadiği ve firmanin gazete hakkinda
savcilik nezdinde tahkikat açtirdiği bildiriliyordu.

Ama Holz-Henkelde çalişan arkadaşlar,bu gazetede bahse-
dilenlerin doğru olduğunu biliyorlar.Hatta yazilacak bir-
çok hususlar var.Bu yüzden,arkadaşlara bu bildiriyle göz-
daği verilmek is teniyor.Halbuki şimdiye kadar,Holz-Henkel
firmasinin mahkemeye başvurduğuna dair hiçbir haber gel-
memiştir.

Arkadaşlara gözdaği vermek iç in,işçi temsilciler kuru-
luda kötüye kullanilmaktadir.Dağitilan bildirinin altina
işçi tems ilcisi diye yazilmişti.Bu şekilde firmada çali-
şanlar bölünmek istenmektedir.Işçi temsilciler kurulu ise
hakikatte ancak,fabrikada dağitildiktan sonra,bu bildiriden
haberi olduğunu söylemektedir.Zaten bu dolaplarin arkasin-
da,firma idaresinin gizli olduğu gayet açiktir.Bildiride
bunu belli eden bir açiklikla şöyle denilmektedir:
"Işletmemiz,...,bu gibi hakikate uymiyan kötü neşriyattan
kendisini temize çikaracaktir."Galiba firma idaresi,yalan
yazilmiş bir bildiriyi lekesini silecek bir temizleme suyu
zannediyor.



Dafür nimmt Henkel 210,- DM

Metall:

Die Kampfbereitschaft wächst

LOHNFRAGEN SIND MACHTFRAGEN. DIE VERGANGENEN TARIFRUNDEN HABEN DAS DEUTLICH GEZEIGT! WENN WIR UNSEREN LOHN GEGEN PREISSTEIGERUNGEN SCHÜTZEN WOLLEN, DANN MÜSSEN WIR KÄMPFEN. DIE KAMPFBEREITSCHAFT ALLER KOLLEGEN IST FÜR DEN AUSGANG DER NÄCHSTEN TARIFRUNDE ENTSCHEIDENT. SCHON JETZT MÜSSEN WIR UNS AUF DIE KOMMENDEN ARBEITSKÄMPFE VORBEREITEN. ES GILT, DIE GEWERKSCHAFTLICHE ORGANISATION IN DEN BETRIEBEN ZU STÄRKEN. BEISPIELE FÜR DAS ANWACHSEN DER KAMPFBEREITSCHAFT SIND DIE STREIKS IN VIELEN BETRIEBEN DER METALLINDUSTRIE.

Streik gegen Lohnraub

Am 27. Juli streikten die Arbeiter der Bremsenfertigung in der Alfred Teves GmbH (Frankfurt), als sie beim Empfang der Monatsabrechnung feststellen mußten, daß trotz erhöhter Arbeitsleistung (150 statt bisher 120 Bremsgeräte pro Band und Schicht) der Lohn gesunken war um 80 bis 90 DM. Die Frühschicht streikte am 27.7. bis zum Schluß. Die Spätschicht nahm die Arbeit erst nach 45 Minuten auf, nachdem Betriebsrat und Direktion Verhandlungen zugesichert hatten.

Bereits im Januar hatte es in der gleichen Abteilung Arbeitsniederlegungen gegeben. Damals wollte die Firma die gerade tarifvertraglich vereinbarte Lohnerhöhung durch Streichung der Schichtzulage unwirksam machen.

Streik gegen Gefährdung der Arbeitsplätze

Rund 2000 Arbeiter und Angestellte der Klöckner-Werke in Georgsmarienhütte bei Osnabrück protestierten am 23.8. vor dem Kasinohotel, in dem sich der CDU-Vorsitzende Barzel mit dem Vorstand der Klöckner-Werke traf, gegen die Gefährdung ihrer Arbeitsplätze. Von der Konzernleitung in Duisburg war durchgesickert, daß durch Errichtung eines Elektroofens in Osnabrück und durch weitere Investitionen in der Klöckner-Hütte in Bremen Arbeitsplätze in Georgsmarienhütte überflüssig werden. Bereits in den vergangenen Jahren war dort die Belegschaft um 1400 verringert worden. Obwohl der Betriebsrat die Geschäftsleitung immer wieder aufgefordert hatte, den Arbeitern und Angestellten "reinen Wein einzuschenken" über die Zukunft des Werkes, erhielten die Betroffenen keine Auskunft. Erst nach der Protestaktion gab der Vorstandsvorsitzende unter dem Gelächter der Arbeiter bekannt, daß der Personalbestand "möglicherweise" sogar erhöht werden müsse, da eine Erhöhung der Rohstahlverarbeitung angestrebt werde. Der Betriebsratsvorsitzende sagte zur Lage recht drastisch: "Sie haben uns wieder in den Arsch getreten."

Streik gegen geplante Entlassungen

Am 14.8. streikten mehrere hundert Arbeiter der Maschinenfabrik Buckau-Wolf in Grevenbroich gegen die vorgesehenen Entlassungen, die der Vorstand am 9.8. in einem "Denkmodell" dem Betriebsrat mitgeteilt hatte.

Danach sollte die Belegschaft von 1300 auf 670 Personen reduziert und das Betriebsgelände von 180 000 auf 60 000 qm verringert werden. Der Betriebsrat lehnte die Massenentlassung ab. Am 15.8. bemühten sich die Vorstandsmitglieder auf einer Belegschaftsversammlung den Arbeitern und Angestellten die "Kapazitätsanpassung" schmackhaft zu machen. Die Herren des Vorstandes verließen jedoch fluchtartig die Versammlung, als ein Arbeiter fragte, ob die drei Vorstandsmitglieder ebenfalls zu denen zählen, die entlassen werden sollen.

Sitzstreik an den Arbeitsplätzen

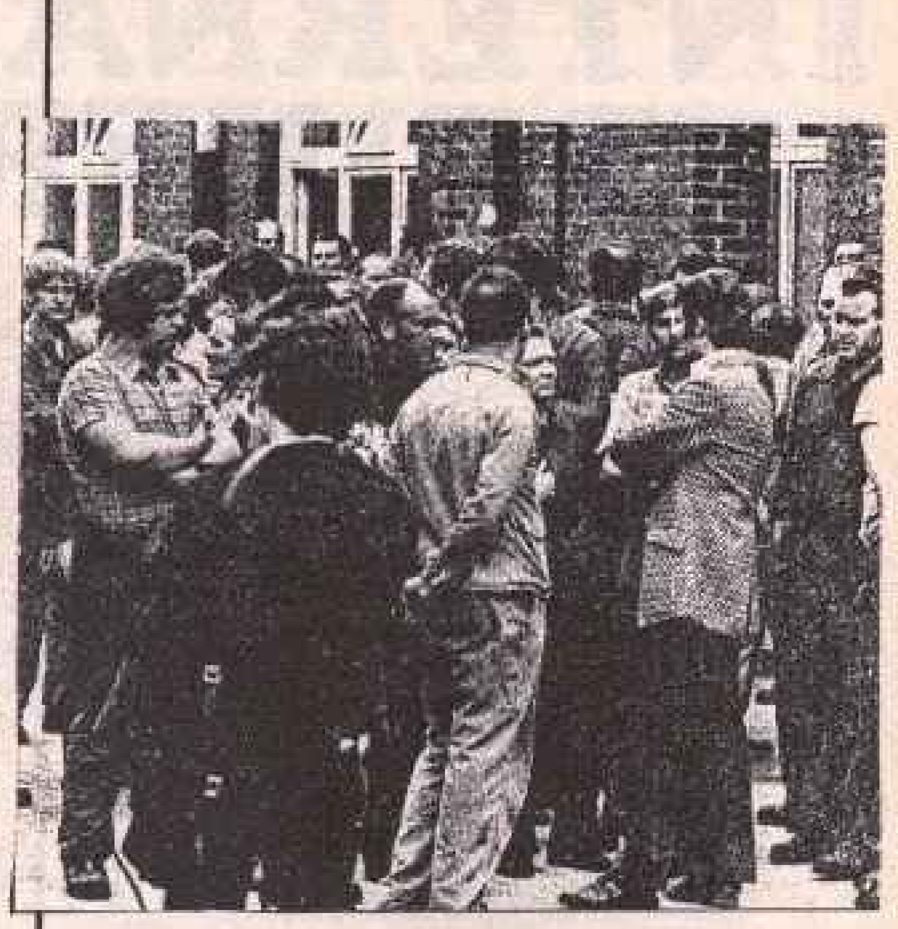
Am 1.8. um 7 Uhr trat die Frühschicht der Draht- und Feineisenstraße der ehemaligen Hüttenwerke Hagen-Haspe in einen Sitzstreik an den Arbeitsplätzen. Die Arbeiter protestierten gegen eine Anordnung der Klöckner-Konzernleitung, nach der die Arbeit in den einzelnen Schichten künftig von zwei Drittel der bisher eingesetzten Belegschaft geleistet werden soll. Die Mittags- und Spätschicht schlossen sich dem Streik an. Zunächst erklärte sich die Direktion zu Zugeständnissen bereit. Später versuchte sie die Arbeiter mit der Drohung unter Druck zu setzen, der Klöckner-Konzern werde bei einer Fortsetzung der Kampfmaßnahmen auch die restlichen Abteilungen der ehemaligen Hasper Hüttenwerke schließen. Am Abend des 1.8. wurde die gesamte Belegschaft ausgesperrt.

Am 31. Juli hatte der Klöckner-Konzern die gesamte Hochofenabteilung der Hütte stillgelegt. 3000 Beschäftigte verloren hierdurch ihre Arbeitsplätze. In der Draht- und Feineisenherstellung arbeiten jetzt nur noch rund 900 Arbeiter und Angestellte.

Der neue Stellenplan war ohne Zustimmung des Betriebsrates erlassen worden. Außerdem sollte ein neuer Arbeitsrhythmus in Kraft gesetzt werden, der die Kapazität des Restbetriebes stärker auslastet. Nach zwanzigstündigem Streik erzielten die Arbeiter einen Teilerfolg. Der Stellenplan wurde zu ihren Gunsten geringfügig geändert.

Streik für Lohnerhöhung – gegen Preissteigerungen

Arbeiter der Block- und Halbzeugstraße des zum Krupp-Konzern gehörenden Hüttenwerkes Rheinhausen haben im Juli mehrfach Protest- und Warnstreiks zur Unterstützung ihrer Lohnforderungen durchgeführt. Zu Arbeitsniederlegungen kam es auch im Walzwerk und im Stahlwerk des Unternehmens, weil sich die Direktion weigerte, die Forderung nach Erhöhung der Stundenlöhne um 40 Pfg zu erfüllen. Die Metallarbeiter begründen ihre Lohnforderungen mit dem Preisauftrieb in der BRD seit dem letzter unbefriedigenden Tarifabschluß. Nicht zuletzt wird die Lohnforderung auch mit Mieterhöhungen des Krupp-Konzerns motiviert. Seit dem 1. Juli dieses Jahres müssen die Hüttenwerker zwischen 8 und 10 % mehr Miete zahlen.



Streik verhinderte Entlassung des BR-Vorsitzenden

Ein vierstündiger Streik der 350 Arbeiter der Holzbearbeitungsmaschinenfabrik Adolf Bäuerle in Oberkochen verhinderte am 3o.8. eine von der Geschäftsleitung geforderte Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden. Aufgrund von Differenzen bei der Zeitmessung war es zwischen dem Leiter der Abteilung Zeitvorbereitungen und dem Betriebsratsvorsitzenden zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen. Dies benutzte die Direktion, um beim Betriebsrat offiziell eine fristlose Entlassung zu erwirken. Einstimmig wies der Betriebsrat die Unterstellung zurück, daß der Betriebsfrieden durch den Vorsitzenden gestört worden sei. Er wies darauf hin, daß schon lange ein Grund gesucht wurde, den unbequemen Sprecher der Belegschaft zu Fall zu bringen. Aufgrund des Streiks und von Verhandlungen zwischen der IG Metall und dem Geschäftsführer der Bezirksgruppe des Metallindustriellenverbandes wurde die Kündigung rückgängig gemacht.

Streik gegen Arbeitsplatz- und Lohnverschlechterung

Am 9.8. legten 200 Arbeiter der Mannesmann-Werke in Duisburg-Huckingen für drei Stunden die Arbeit nieder. Ihre Forderungen richteten sich gegen Arbeitsplatz- und Lohnverschlechterungen als Folge der Rationalisierungsmaßnahmen. Mit Tranparenten zogen die Betriebshandwerker vor das Verwaltungsgebäude.

Am 26./27.8. haben die Arbeiter des Hafenbetriebes der Mannesmann AG in Duisburg gestreikt. Sie verlangten von der Geschäftsleitung, daß Umschlaggüter des Bayer-Konzern die für Hochöfen bestimmt sind, auf gesundheitsschädigende Abgase untersucht werden. Der Betriebsleiter weigerte sich, dieser Forderung nachzukommen und beschimpfte die Kollegen, "Terror" auszuüben, um Lohnerhöhungen zu erzwingen. Daraufhin legte die Nachtschicht die Arbeit nieder. Der Betriebsrat fordert die Entlassung des Betriebsleiters.

(Quelle: Gewerkschaftsspiegel 17, Wahrheit 7/8)

GEGEN DIE ANGRIFFE DER KAPITALISTENKLASSE DIE SOLIDARITÄT DER ARBEITERKLASSE

Die Beispiele zeigen, worum es geht: durch Lohnkürzungen, Rationalisierungsmaßnahmen, Stillegungen, Entlassungen und Akkordverschärfungen versuchen die Kapitalisten, die Lasten des internationalen Konkurrenzkampfes auf uns Arbeiter und Angestellte abzuwälzen. Der Konkurrenzkampf der Unternehmen auf dem internationalen Markt hat sich in den letzten Jahren mehr und mehr verschärft. Durch Erhöhung des Warenexports, Auslandsbeteiligungen und Zweigniederlassungen in "Billiglohnländern" versuchen die deutschen Kapitalisten ihre Position auf dem Weltmarkt auszubauen und ihre Vormachtstellung in der EWG zu festigen. Die notwendigen Mittel müssen wir Arbeiter und Angestellten aufbringen. Von den dadurch erzielten Gewinnen kriegen wir keinen Pfennig zu sehen. Im Gegenteil: unsere Reallöhne sinken, die Preise steigen und die Ausbeutung in den Betrieben wird verschärft. Nur im solidarischen Kampf werden wir die Angriffe der Kapitalisten auf unseren Lebensstandard und unsere Rechte zurückschlagen können.

INTERNATIONALE STREIKFRONT

Nicht nur in der Bundesrepublik nimmt die Zahl der Streiks ständig zu. Auch in den anderen kapitalistischen Staaten setzen sich immer mehr Arbeiter gegen die Angriffe der Kapitalisten auf ihren Lebensstandard und ihre Rechte zur Wehr. Auch hier versuchen die Kapitalisten die Lasten des verschärften Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt auf die arbeitende Bevölkerung abzuwälzen. Auch in den Betrieben dieser Länder wird die Ausbeutung verschärft. Auch dort sucht die herrschende Klasse demokratische Rechte durch arbeiterfeindliche Gesetze (z.B. Gewerkschaftsgesetze) abzubauen. Die folgenden Beispiele zeigen, daß die internationale Streikfront die ganze kapitalistische Welt erfaßt hat.

USA : KAMPF DER BAUARBEITER UM ARBEITSPLÄTZE

In den USA sind z.Zt. 25 - 30 % aller Bauarbeiter arbeitslos. Die großen Baugesellschaften nutzen die Lage aus: sie beschäftigen teilweise nur noch unorganisierte Arbeiter, die sie unter Tarif bezahlen. In dieser Situation kam es am 22. Juni in Norristown zur größten Bauarbeiterdemonstration in der Geschichte der USA: 40 000 Bauarbeiter aus Philadelphia, Pittsburgh, Baltimore und New York zogen bei strömendem Regen zum Justizgebäude. Sie demonstrierten gegen einen Gerichtsbeschluß, der den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern verbietet, Bauplätze, auf denen nichtorganisierte Arbeiter arbeiten, zu bestreiken.
Die Staatsgewalt verhängte den Ausnahmezustand über Norristown und holte 4000 Soldaten der Armee herbei. Schon in den Wochen zuvor war es zu harten Auseinandersetzungen mit der örtlichen Polizei gekommen. Am 5. Juni waren einige tausend Arbeiter aus Protest gegen die Politik der Bauherren auf ein Baugelände gezogen und hatten versucht, den Bau eines großen Hotels zu verhindern. Gegen den Angriff der Polizei und des Werkschutzes setzten sich die Bauarbeiter mit einem Steinhagel zur Wehr. Zahlreiche Arbeiter wurden daraufhin verhaftet.

ITALIEN: ERFOLGREICHER EINSENBAHNERSTREIK

Am 2. August traten 216 000 Eisenbahner in einen 24-stündigen Streik. Sie brachten damit fast den gesamten Eisenbahnverkehr zum Erliegen. Mit diesen entschlossenen Kampfmaßnahmen machten sie auf die katastrophale Situation im italienischen Eisenbahnnetz aufmerksam. Die Forderungen der Eisenbahner sind: Ausbau des Eisenbahnnetzes, Erneuerung des rollenden Materials und Modernisierung des veralteten Streckennetzes. Durch die Modernisierung soll die Unfallgefahr verringert werden. Durch den Ausbau des Eisenbahnnetzes sollen die Arbeitsplätze gesichert werden. Der Staat beabsichtigt nämlich, Eisenbahnstrecken stillzulegen, die nicht unmittelbar der Großindustrie dienen.

In ihrem Streik haben die italienischen Arbeiter eine monatliche Lohnerhöhung sowie die Vermehrung des Eisenbahnpersonals um 11000 Arbeiter auf 226 000 durchgesetzt. Außerdem haben sie die Regierung dazu gezwungen, dem Ausbau des Eisenbahnnetzes und Investitionen in den veralteten Eisenbahnanlagen zuzutimmen.

AUSTRALIEN: STREIK FÜR DIE 35-STUNDEN-WOCHE

In Australien, das 1947 als erstes Land der Welt die 40-Stunden-Woche eingeführt hatte, ist inzwischen um die generelle Einführung der 35-Stunden-Woche ein Machtkampf zwischen der Arbeiterklasse und ihren Gewerkschaften auf der einen und den Kapitalisten und ihrer Regierung auf der anderen Seite entbrannt. Obwohl die Regierung "mit allen Mitteln kämpfen will", haben bereits die Bergarbeiter im Bundesstaat Neu-Südwales und die Docker und Arbeiter des Container-Depots die 35-Stunden-Woche durchgesetzt. Auch die Hafen- und Werftarbeiter in Melbourne kämpfen z.Zt. für Lohnerhöhungen und die Einführung der 35-Stunden-Woche.

Für die gleiche Forderung streiken seit Anfang Juli die Arbeiter in den australischen Raffinerien. Sie haben die Industrie und den Verkehr des Landes zum Teil lahmgelegt. In Südaustralien wurde inzwischen der Verkauf von Benzin an Privatpersonen verboten. Die Regierung in Sydney erwägt den Einsatz von Truppen in den bestreikten Raffinerien.

ENGLAND: DER KAMPF DER HAFENARBIETER

1970 hatte die englische Regierung ein "Modernisierungskomitee für die Dockerindustrie" eingesetzt. Die Rationalisierungsmaßnahme dieses Komitees hieß Umstellung auf Containerfracht. Für die englischen Hafenarbeiter bedeutet das:
- bis 1975 soll die Anzahl der Docker um die Hälfte verringert werden,
- die Hälfte aller Schiffs-Liegeplätze wird stillgelegt.

Schon jetzt aber ist ein Drittel der eingetragenen Docker arbeitslos. Schon jezt ist die Hälfte der Docker die Arbeit haben, nur halbtags beschäftigt. Und schon jetzt gibt es über eine Million Arbeitslose in England. Wer jetzt als Dockarbeiter seine Arbeit im Hafen verliert, hat sich einzureihen in das Millionenheer der Arbeitslosen, in die wöchentlichen Schlangen bei der Stempelgeldkasse.

Das wissen die englischen Dockarbeiter ganz genau, und deshalb kämpfen sie für die Sicherung der Arbeitsplätze. Die Hafenarbeiter streikten und fünf ihrer führenden Kollegen wurden verhaftet. Denn laut Antistreikgesetz war ihr Streik illegal. Doch durch das Eingreifen des Staates wurde der Kampf der Docker zum Kampf gegen das Antistreikgesetz.

Alle 40 000 Dockarbeiter legten ihre Arbeit nieder. Durch spontane Solidaritätsstreiks von 150 000 englischen Arbeitern und Angestellten in vielen anderen Industriezweigen wurden die Docker unterstützt. Es kam zu gewaltigen Solidaritätsdemonstrationen und zu harten Auseinandersetzun-

gen mit der Polizei, bei denen es auf beiden Seiten viele Verletzte gab. Aufgrund der anwachsenden Solidarität mußten die verhafteten Streikführer wieder freigelassen werden. Damit haben die Docker sich erfolgreich gegen das Antistreikgesetz zur Wehr gesetzt.

Doch das Ziel der Arbeitsplatzsicherheit haben sie nicht ganz erreicht. Trotz des Widerstandes des Mehrheit der Dockarbeiter ging die Gewerkschaftsführung auf die Angebote der Kapitalisten ein und erarbeite te gemeinsam mit ihnen einen "Sozialplan". Dieser Sozialplan gibt den Dockern jedoch keine gesicherte Zukunft.

ENGLAND: FABRIKBESETZUNG BEI BRITISH LEYLAND

Rationalisierungsmaßnahmen und Entlassungen der British Leyland in Basingstoke haben 1000 Arbeiter dieses Zweigbetriebes mit der Besetzung der Fabrik beantwortet. Die veralteten Produktionsanlagen sollen stillgelegt werden und ihre Produktion soll von einem moderner ausgestatteten Werk in Manchester übernommen werden. Damit sind 300 von 1000 Kollegen von Entlassung bedroht. Mit der Besetzung wollen die Arbeiter die Kapitalisten dazu zwingen, alle Kollegen in dem neuen Werk wieder einzustellen Das Gewerkschaftskomitee des Leylandkonzerns, in dem 190 000 Arbeiter beschäftigt sind, rief zur Unterstützung des Kampfes ihrer Kollegen zu einem eintägigen Warnstreik auf. In einer großen Demonstration zum zentralen Verwaltungsgebäude des Leylandkonzerns in London forderten die Arbeiter Entlassungsstopp für die Kollegen von Basingstoke.

SPANIEN: STREIK FÜR ARBEITSZEITKÜRZUNG

In den Citroën-Werken der nordspanischen Hafenstadt Vigo legten alle 3 300 Arbeiter spontan die Arbeit nieder, als die Firmenleitung ihre Forderung nach der 44-Stunden Woche mit der fristlosen Entlassung eines Betriebsratsmitglieds und vier weiteren Arbeitern beantwortete. In der ersten Streikwoche solidarisierten sich die Belegschaften weiterer 25 Betriebe. Damit streikten fast alle Arbeiter in Vigo.

Die Firmenleitung von Citroën erkärte zu der Streikwelle, ein Dutzend Arbeiter habe ihre Kollegen mit Drohungen und körperlichem Zwang zur Arbeitsniederlegung veranlaßt. Ende September streikten in Vigo über 15 000 spanische Arbeiter für die Einführung der 44-Stunden-Woche und die Freilassung der verhafteten Streikführer. Die Polizei nahm inzwischen 66 Arbeiter fest. 4000 Arbeiter verschiedener Firmen in Vigo wurden entlassen.

BRD/HOLLAND: STREIK GEGEN STILLEGUNG

Daß auch gegen Stillegungen ein erfolgreicher Kampf möglich ist, hat die internationale Solidarität der Arbeiter aus Holland und der BRD jetzt gezeigt:

Der international verzweigte AKZO-Chemiefaser-Konzern hatte einen "Struktur-Plan" ausgearbeitet, nach dem die zum Konzern gehörigen Werke von ENKA-Glanzstoff in Holland, Belgien, der BRD und der Schweiz geschlossen werden sollten. Um die Gewinnchancen des Konzerns zu verbessern, sollte die Produktion eingeschränkt werden und etwa 6000 Arbeiter auf die Straße fliegen.

Der Betriebsrat des Werkes in Breda (Holland) mit 1700 Beschäftigten versuchte seit April 1972 in Verhandlungen mit der Konzernleitung die Stillegungen zu verhindern. Die Kollegen in Breda wären von der Stillegung besonders schwer betroffen gewesen. Das Werk Breda ist das modernste des Konzerns, die Arbeitslosenrate in ihrer Region ist die Höchste der Niederlande.

Als sich im September 1972 herausstellte, daß die Konzernleitung auf dem Verahndlungswege nicht zum Nachgeben gezwungen werden konnte, entschlossen sich die Kollegen zu Kampfmaßnahmen:

Sie besetzten den Betrieb.

Die gut vorbereitete Aktion, unterstützt von allen Gewerkschaften, lief am 18. September an. Unter der Leitung eines gewählten Kommittees aus Betriebsräten, Vertrauensleuten und Gewerkschaftsvertretern, wurden alle wichtigen Schaltstellen des Betriebs von den Arbeitern übernommen. Nur die leitenden Angestellten und die Direktion verließen den Betrieb.

Alle Kollegen bleiben im Betrieb. Eine Tag- und Nachtwache wurde eingerichtet, die Eingänge kontrolliert. Die Bevölkerung und die Familien der Arbeiter wurden über Lautsprecher und Flugblätter informiert.

Die Forderung hieß:

Der Betrieb bleibt solange besetzt, bis die AKZO-Konzernleitung die Stillegungspläne für alle Werke zurücknimmt.

Als die Kollegen im Glanzstoff-Werk Bemberg in Wuppertal-Barmen am 19. Sept. von der Aktion in Breda hörten, beschlossen sie in einer sofort einberufenen Belegschaftsversammlung, die Forderung der Kollegen aus Breda durch einen Streik zu unterstützen. Nach Breda wurde eine Delegation gesandt, die die Solidarität der Arbeiter des deutschen Werkes bekundete. Sowohl in Breda als auch in Wuppertal-Barmen wurde der Streik auch von den ausländischen Kollegen voll mitgetragen.

Nach drei Tagen mußte die Konzernleitung nachgeben. Wegen der "starken Reaktionen" der Arbeiter wie es hieß. Alle Stillegungspläne wurden zurückgezogen.

□ □ □

IMPRESSUM:

Die GÖTTINGER BETRIEBSZEITUNG (GBZ) wird hergestellt und vertrieben vom Verein Göttinger Betriebszeitung e. V.;34 Göttingen, Rote Str. 1, Telefon 0551/4 26 17. Presserechtlich verantwortlich: R. Bornemann. Druck: H. Ahlbrecht, 34 Göttingen, Levinstr. 9a.

MGW: ES REGT SICH WAS

Am 18. September legten 29 Frauen aus der Formabteilung im oberen Schlauchsaal bei den Mündener Gummiwerken die Arbeit für eine Stunde nieder.
Die Arbeitsplatzbedingungen in der Abteilung machten die Arbeit für sie unerträglich:

- Jedes Mal, wenn die Vulkanisationskessel geöffnet werden, strömen stinkende Dämpfe aus
- Da die Heizungen wegen eines Umbaus abgeklemmt sind, war es bei der sitzenden Arbeit unerträglich kalt.

Seitdem die Frauen in dieser Abteilung arbeiten, nämlich seit dem Sommerurlaub, sind sie mit der schlechten Luft unzufrieden. Einzelne Frauen beschwerten sich beim Betriebsrat, doch der konnte bei der Geschäftsleitung nichts für sie erreichen.

Am 13. September nahmen die Kolleginnen ihre unzumutbare Arbeitssituation nicht länger widerstandslos hin und legten eine kurze Protestpause ein. Sie wollten damit ihrer Forderung nach Veränderung der Situation Nachdruck verleihen.

Als sich bis zum 18. September immer noch nichts geändert hatte und die Frauen vor Kälte froren, platzte ihnen der Kragen: sie legten die Arbeit nieder und gingen in den Aufenthaltsraum. Sie hatten die feste Absicht, die Arbeit erst dann wieder aufzunehmen, wenn die Luft besser wäre und sie nicht mehr zu frieren brauchten.

Noch während die Kolleginnen im Aufenthaltsraum saßen, wurden Handwerker in den oberen Schlauchsaal geschickt. Sie schlossen die Heizungen an und trafen Vorbereitungen, eine Entlüftungsanlage am Kessel anzubauen.
Nach einer Stunde kamen der Betriebsratsvorsitzende und der Meister der Abteilung und forderten die Frauen auf, die Arbeit wieder aufzunehmen, weil die Abteilung geheizt und die Luft erträglich sei.

Um 14 Uhr fand eine Sitzung von zwei Betriebsratsmitgliedern und der Geschäftsleitung statt. In dieser Sitzung fragte der Betriebsratsvorsitzende den Besitzer der MGW, Dr. Georg Fehrensen, ob die durch den Streik ausgefallene Stunde bezahlt würde. Georg Fehrensen gab die Zusage, daß gezahlt würde.

WAS KÖNNEN WIR AUS DEM KONFLIKT LERNEN ?

Bisher hat es bei den Mündener Gummiwerken derartige Auseinandersetzungen nicht gegeben. Meistens wandten sich die Kollegen mit ihren Forderungen und Problemen einzeln an die Vertrauensleute und den Betriebsrat. Auch die Kolleginnen aus der Formabteilung sind bisher schon des öfteren, aber immer nur einzeln, zum Betriebsrat gegangen und haben sich über die Kälte und die stinkenden Dämpfe beschwert. Doch alle diese Bemühungen hatten keinen Erfolg. Weil die Kollegen der Geschäftsleitung als Einzelne gegenübertraten, hatten sie und auch der Betriebsrat kein Druckmittel in der Hand und konnten ihr so nicht gefährlich werden.
Erst als die Frauen gemeinsam handelten, konnten sie die Geschäftsleitung zwingen, etwas gegen die Kälte und die Dämpfe zu unternehmen. Wenn einzelne Kollegen "aufmucken", so hat das für die Geschäftsleitung keine Auswirkungen. Wenn aber eine ganze Abteilung sich zur Wehr setzt und die Arbeit niederlegt -und sei es auch nur für eine Stunde-, bedeutet das einen beträchtlichen Produktionsausfall. Und hier liegt die verwundbare Stelle der Gebrüder Fehrensen: den Produktionsausfall spüren sie nur zu deutlich am Sinken der Gewinne.

Daß es in der Vergangenheit nicht dazu gekommen ist, daß die Kollegen ihre Interessen gemeinsam und aktiv durchsetzten, liegt an dem Verhalten der Geschäftsleitung:

- Sie setzt die Kollegen unter Druck
- Sie versucht, die Kollegen untereinander zu spalten. Mit dieser Taktik gelang es ihr bisher, Konflikte zu umgehen Denn je uneiniger die Kollegen untereinander sind, desto leichter fällt es der Geschäftsleitung, sich durchzusetzen Bei den Entlassungen im Februar 1971 z.B. setzte sie nur Kollegen auf die Liste, die im Betrieb als "Bummelanten" galten, um eine Solidarisierung aller Kollegen mit den Entlassenen zu verhindern.
- Sie setzt sich über Forderungen der Kollegen hinweg, wenn sie nur von Einzelnen vorgebracht werden.

Diese Politik hat bisher glänzend funktioniert. Bei dem Streik der Frauen aus der Formabteilung aber war sie nicht mehr anwendbar. Denn

- Die Frauen hatten ein Druckmittel in der Hand; sie verweigerten die Arbeit und die Produktion fiel aus
- Die Kolleginnen, die sonst durch verschiedene Praktiken z.B. das Akkordsystem gespalten waren, waren durch Kälte und Gestank geeinigt worden und handelten gemeinsam
- Die Kolleginnen forderten die Veränderung der Arbeitsplatzbedingungen nicht einzeln, sondern - deutsche und ausländische Kolleginnen gemeinsam - als ganze Abteilung

Damit haben sie, der Politik der Geschäftsleitung genau die richtigen Maßnahmen entgegengesetzt, die zum Erfolg führten und den anderen Kollegen gezeigt, daß und wie Forderungen durchgesetzt werden können.

Spendenkonto für die

GÖTTINGER
BETRIEBSZEITUNG
FÜR DEN ORGANISIERTEN KAMPF IN DEN BETRIEBEN

Bank für Gemeinwirtschaft KTO. 100 71944